

Blocher sieht «erste Erfolge»

Sempach. – Bundesrat Christoph Blocher sieht die Schweiz am Anfang einer konservativen Wende. Man rede heute in der Schweiz offen über Probleme, die vorher totgeschwiegen wurden, sagte Blocher gestern an der Waldstättertagung der SVP in Sempach im Kanton Luzern. Diese Tendenz sei auch in den Medien festzustellen. Er sei stolz, aber nicht euphorisch, sagte der Justizminister. Noch stehe man erst am Anfang. Sollte die SVP bei den kommenden Wahlen stark verlieren, falle man in die Fehler der Neunzigerjahre zurück. (sda)

Auch Syna zeigt sich kampfbereit

Bern. – Auch die Gewerkschaft Syna rüstet sich für Streiks auf dem Bau. Die Delegierten gaben gestern in Bern grünes Licht für gezielte Streiks und Proteste. Am Donnerstag hatte bereits die Unia ihre Streikkassen deblockiert. Die Baumeister haben den Landesmantelvertrag auf Ende Monat gekündigt, ab 1. Oktober gibt es keine verbindlichen Mindestarbeitsbedingungen mehr. Lohn- und Sozialdumping seien programmiert, teilte Syna mit und rief die Baumeister auf, von ihrer «festgefahrenen» Position abzurücken. (sda)

Bewilligung und eine Strafanzeige

Zermatt. – Der Bund hat den Bergbahnen Zermatt grünes Licht für eine neue Sesselbahn erteilt. Das Bundesamt für Verkehr reichte vergangene Woche aber auch Strafanzeige wegen frühzeitig begonnenen Bauarbeiten ein, wie Bundesamtsprecher Davide Demicheli gestern einen entsprechenden Bericht des «Walliser Boten» bestätigte. Die Bergbahnen Zermatt hatten die Bauarbeiten bereits im Juni in Angriff genommen, weil sie damit rechneten, die Konzession zum Bau rasch zu erhalten. (sda)

Die CVP ist «auf dem Weg nach oben gut unterwegs»



Unterschiedliche Botschaften: Greenpeace-Aktivistinnen fordern auf dem Säntis von der CVP ein klareres Bekenntnis zum Umweltschutz, währenddessen als Bären verkleidete Jung-CVPLer die politischen Gegner aufs Korn nehmen. Bilder Keystone/Regina Kühne

Auf dem Säntis hat die CVP ihren Wahlsprung eingeläutet. Sie bekämpft das Hochpreisländ Schweiz, fordert Entlastungen für die Familie und will etwas zum Klimaschutz tun. Von linken und rechten Extremen distanziert sich die Partei.

Von Markus Rohner

Säntis. – Die neusten Umfragezahlen haben der CVP Auftrieb verliehen. Auf den 2500 Meter hohen Säntis waren die Delegierten gestern gekommen, um von Parteipräsident Christophe Darbellay zu hören, dass es mit den Christlichdemokraten wieder aufwärts geht. «Wir sind gut unterwegs, aber noch nicht auf dem Gipfel», sagte Darbellay. Der «historische Sieg» sei aber sehr nahe.

In scharfen Worten verurteilte der CVP-Präsident das aktuelle politische Klima, das geprägt sei von Hass und Respektlosigkeit gegenüber dem politischen Kontrahenten. Statt politische Sachthemen zu behandeln, würde in

der Bevölkerung Angst geschürt und ein politisches Theater um «Geheimpläne» inszeniert. Scharf verurteilte Darbellay die persönlichen Angriffe auf CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, die nach ihrem Engagement in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats unter Polizeischutz gestellt werden musste.

«Schaffen wir wieder Ordnung!»

Die CVP distanzierte sich an ihrer Delegiertenversammlung klar von den politischen Extremen auf der rechten und linken Seite. Mit einseitigen Positionen komme die Schweiz nicht vorwärts. Mitteparteien wie die CVP müssten in diesem aufgeheizten politischen Klima wichtige Brückenfunktionen übernehmen. «Schaffen wir wieder Ordnung und Respekt gegen die Brandstifter von allen Seiten!» verlangte Darbellay. «Inhalt ist wählbar, Anstand auch», stand auf einem Plakat.

Die Partei attackierte auf dem Säntis nicht nur ihre politischen Gegner, sondern wandte sich auch Sachthemen zu. Die Delegierten verabschie-

deten eine Resolution gegen die «Hochpreisinsel Schweiz». Damit sprachen sie Bundesrätin Doris Leuthard aus dem Herzen, die sich einmal mehr gegen die hohen Preise in der Schweiz wehrte. «Hohe Preise beeinträchtigen unser Wirtschaftswachstum», sagte die Volkswirtschaftsministerin. Deshalb fordert die CVP in ihrem 10-Punkte-Programm etwa die Importerleichterung für EU-Produkte, ein griffiges Kartellrecht, tiefere Baukosten und weniger Bürokratie.

Ein weiteres Thema war die finanzielle Entlastung der Familien. Es sei absurd, wenn Familien mit Kinder- und Ausbildungszulagen unterstützt würden und der Staat einen Teil dieser Gelder den Familien gleich wieder wegnehme. «Das ist ein sinnloses Geben und Nehmen», sagte Meier-Schatz, Präsidentin von Pro Familia. Gutgeheissen wurde ein Papier, das die Ausbildungs- und Kinderzulagen von den Steuern befreien will.

«Einzigste bürgerliche Umweltpartei» Schliesslich wurde der grüne Anstrich der Partei hervorgehoben. «Machen

wir vorwärts mit dem Klimaschutz», sagte Ständerat Eugen David vor den Delegierten. Als «einzigste bürgerliche Partei», die sich dem Umweltschutz verschrieben habe, sei die CVP stark gefordert. Das Ziel der Schweiz müsse es sein, bis 2020 mindestens eine 20-prozentige Senkung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 zu erreichen. Gehe die Europäische Union weiter, müsse die Schweiz ihr folgen.

Mit einer parlamentarischen Initiative will die CVP einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» machen. Damit würde das Land drei bis vier Jahre Zeit gewinnen, hiess es. Umgesetzt werden sollen die Massnahmen vor allem mit mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien wie der Wasserkraft. Für die Klima-Initiative der Grünen warb dagegen die Umweltschutzorganisation Greenpeace mit einer Abseilaktion vor den Fenstern des Versammlungsorts auf dem Ostschweizer Hausberg. Die Initiative verlangt sogar eine 30-prozentige Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020.

SONNTAGSKOLUMNE

Der Wahlkampf 2007 als rasender Stillstand im Bundeshaus



Von Filippo Leutenegger

In den letzten zwei Wochen glich die sonst ereignisarme Schweizer Politik einem Tollhaus. Täglich jagten sich Gerüchte, Schlagzeilen und Pressekonferenzen zum Fall Roschacher-Holenweger-GPK-Blocher: ein wahres Feuerwerk für Medien und Journalisten. Jetzt, da sich der Pulverdampf etwas verzogen hat, wollen wir doch mal schauen, was dahinter steckt.

Begonnen hat die leidige Geschichte mit der Einsetzung des CVP-nahen Mannes Valentin Roschacher als Bundesanwalt durch die damalige Justizministerin Ruth Metzler. Denn bald stellte sich heraus, dass der neue Bundesanwalt seine Vorgängerin

Carla Del Ponte mit Showeinlagen noch übertreffen sollte. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit rief er die Medien, um spektakuläre Schläge gegen das organisierte Verbrechen bekannt zu geben. So liess er beispielsweise sechs Milliarden Franken Yukos-Gelder auf Schweizer Konten beschlagnahmen. Die Aktion war ein Fiasko. Das Bundesgericht taxierte das Vorgehen als illegal, und weltweit schüttelte man in Finanzkreisen den Kopf. Auch die Grossrazzia gegen die Hells Angels in Zürich war als letzter Versuch Roschachers, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, ein Desaster, denn ausser Spesen war gar nichts gewesen.

Nach dem gleichen Strickmuster ging Roschacher auch bei Bankier Oskar Holenweger vor. Ein Verdacht aus dubioser Quelle (Ramos) reichte offenbar aus, um die ganze Geheimdienst-Maschinerie in der Bundesanwaltschaft in Bewegung zu setzen. Im eifrigen Bestreben, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, das sich partout nicht finden liess, wurde Holenweger mit mons-

trösen Beschuldigungen vor vier Jahren verhaftet. Auch in diesem Fall ist bisher nichts gewesen ausser Spesen, und Holenweger wartet seit Jahren vergeblich auf den Abschluss des Verfahrens. Ein unhaltbarer Zustand in einem Rechtsstaat. Spätestens vor zwei Jahren dämmerte es etlichen Politikern, dass Roschacher ausser Kontrolle geraten war.

Die gleiche Einschätzung hatten offenbar auch einer oder mehrere Leute in der Bundesanwaltschaft, welche die «Weltwoche» laufend mit geheimen Informationen versorgten und so den öffentlichen Druck auf Roschacher erhöhten. Die undankbare Rolle fiel nun Justizminister Christoph Blocher zu. Er hatte den unausweichlichen Abgang des überforderten Bundesanwalts zu managen. Doch noch bevor der Angeschlagene das Feld geräumt hatte, witterten die bekennenden Blocher-Feinde Morgenluft und wetzten die Messer. Dazu gehört auch die Präsidentin der Subkommission der GPK, Lucretia Meier Schatz (CVP). Der GPK-Bericht sollte

mit Bedacht kurz vor den Wahlen publiziert werden. Roschacher-Anhänger in der Bundesanwaltschaft ihrerseits halfen bei der Konstruktion des angeblichen Komplotts gegen ihren ehemaligen Chef kräftig mit. Gezielt liess die GPK die persönlichen und unbedarften Notizen Holenwegers, des selbst ernannten Detektivs in eigener Sache, wie eine Bombe platzen. Für die Medien ist ein angeblicher Komplott natürlich ein üppiges Weihnachtsessen, das man in der sonst dünnen Vorwahlzeit voll auskostet.

Nun, da meine Person ohne mein Wissen ebenfalls auf der publizierten Liste Holenwegers figuriert, musste ich mir die Frage stellen: «Warum?» Fest steht, dass weder ich noch einer der von mir inzwischen kontaktierten Personen auf der Liste etwas wussten. Die meisten Namen hatten offenbar eine zugegedachte Rolle (ich als Verlagschef der Jean Frey und der «Weltwoche» und Nationalrat) und waren eine Mischung zwischen Geschehen und Wunsch. Zudem wäre es unmöglich, einen angeblichen Komplott mit über

20 Politikern und Journalisten über Monate geheim zu halten. Eine solche These ist schlicht absurd. Es bleiben noch die schweren Vorwürfe der GPK an Justizminister Blocher, welche sich vermutlich grösstenteils bald in Luft auflösen. Denn es ging beim Konflikt Blocher-Roschacher nicht um schwere Eingriffe in die Autonomie des Bundesanwalts bei seiner Arbeit als Ermittler, sondern um Kompetenzfragen, wie die Festlegung der Abgangentschädigung, usw.

Was nach den Wahlen vom 21. Oktober bleibt, ist hingegen die Frage der Unterstellung des Bundesanwalts. Denn der Bundesanwalt ist nicht ein unabhängiger Richter, wie vielerorts gemeint wird, sondern als oberster Strafermittler des Staates mit besonderen Kompetenzen in der Bundesverwaltung einzuordnen. Die heutige Regelung mit der Doppelunterstellung ist falsch und muss geändert werden. Aber bitte nach den Wahlen.

Filippo Leutenegger ist Zürcher FDP-Nationalrat.